

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4641

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4641



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

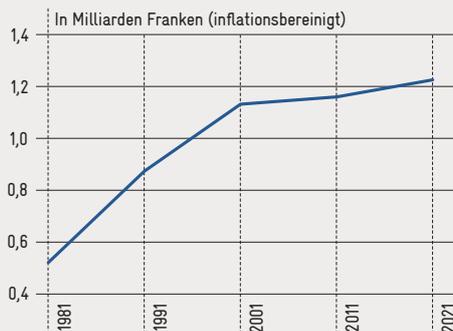
Reformbedürftiger Service public

Die grosszügige und intransparente Förderung des Service public zielt zusehends an den gesellschaftlichen Bedürfnissen vorbei. Das steht einer effizienten, kostengünstigen Grundversorgung entgegen.

Ausgangslage

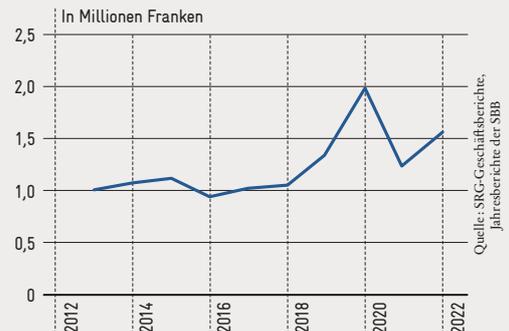
Unter Service public wird in der Schweiz die Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und -dienstleistungen verstanden. Diese soll für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes zu gleichen Bedingungen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Auf Bundesebene betrifft das die Grundversorgung für Post, Telekommunikation, elektronische Medien (Radio/TV) und öffentlichen Verkehr. Nicht zum Service public im engeren Sinne gehören hingegen etwa Kinderbetreuung, Bildung oder Sozialwerke. Solchen Anliegen fehlen die klassischen Merkmale von Infrastruktur.

Gebührenertrag der SRG



Der Gebührenertrag der SRG hat seit den 1980er Jahren massiv zugenommen und 1,2 Mrd. Fr. pro Jahr überschritten. Dies, obwohl Radio und TV in einer sich digitalisierenden Medienwelt zusehends ihr Publikum verlieren.

Subvention pro Schienenkilometer



Die SBB erhält vom Bund jährlich Subventionen in Milliardenhöhe. Umgelegt auf das Netz der SBB (2022: 3265 km) kostet jeder Schienenkilometer den Steuerzahler 1,25 Mio. Fr. pro Jahr – Tendenz steigend.

-2,4%

Zwischen 2012 und 2022 ist die Anzahl der durch die Post zugestellten Briefe durchschnittlich jedes Jahr um 2,4% gesunken. Dies entspricht 54 600 000 Briefen pro Jahr. Die Anzahl der zugestellten Pakete nahm im selben Zeitraum jedes Jahr um durchschnittlich 6% zu. Das sind 8 310 000 Pakete.

Facts

■ Service public als Schlagwort

Längst geht es beim Service public nicht mehr nur um eine angemessene Grundversorgung. Oft stehen Partikularinteressen im Vordergrund; mit dem Service public wird heute Umverteilung, Regional- und Strukturpolitik usw. betrieben.

■ Inkonsequente Liberalisierung

In der EU wurden die klassischen Service-public-Bereiche mittlerweile weitgehend liberalisiert. Nicht so in der Schweiz, die es verpasst hat, die in den 1990er Jahren begonnenen Marköffnungprojekte konsequent zu Ende zu führen.

■ Eigenerbringung vs. Gewährleistung

Der Service public muss keinesfalls zwingend vom Staat selbst bereitgestellt werden; dieser kann auch einfach die Erbringung gewährleisten. Dabei können sowohl private als auch öffentliche Unternehmen mit der Leistungserbringung beauftragt werden.

■ Fehlende Preisschilder

Der Service public ist nicht gratis – er wird mehrheitlich durch Gebühren und Steuer-gelder finanziert. Die effektiven Kosten des Service public sind oft intransparent; es fehlen klare «Preisschilder». Das macht es für die Politik attraktiv, einseitig nach einem Ausbau des Service public zu rufen.

Empfehlungen

Der Service public muss den sich **verändernden Bedürfnissen** Rechnung tragen. Es braucht eine gesellschaftliche Debatte, was heute noch zur **Grundversorgung** gehören soll und was nicht. Dabei ist auf Technologieneutralität zu achten – **vorzugeben ist nur das «Was», nicht aber das «Wie»**. Damit wären die Vorausset-

zungen geschaffen, um **Versorgungsaufträge öffentlich auszu-schreiben**. Letztlich würden so Leistungen und **Kosten regelmä-sig hinterfragt** und gleichzeitig **transparent** abgegolten. Auch würde dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz nachgelebt: **Wer bestellt, soll auch bezahlen**.

